

## Haushaltsrede Freie Wähler / FDP Leinfelden Echterdingen, 22.10.2019

### Stellungnahme der FW/FDP-Gemeinderatsfraktion zum Haushaltsplanentwurf 2020

Dr. Eberhard Wächter

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Klenk, sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin Noller, sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Kalbfell, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats und des Jugendgemeinderates, meine sehr geehrten Damen und Herren,

nun ist sie also da – die viel beschworene und immer wieder als drohende Gewitterfront am Horizont aufziehende Wende bei der Haushaltslage. Wie die Filder-Zeitung am 26.09.2019 berichtet, gehen laut Oberbürgermeister Klenk nun „neun gute, sogar sehr gute Jahre zu Ende.“

Und in der Tat, meine sehr verehrten Damen und Herren, stimmen die Zahlen des Ergebnishaushaltes den Leser nicht mehr so fröhlich wie noch in den vergangenen 5 Jahren: einem Gesamtertrag von fast 126 Millionen Euro stehen Aufwendungen und Ausgaben in Höhe von 131, 4 Mio. Euro gegenüber. Damit resultiert erstmals seit Einführung des NKHR vor sechs Jahren ein negatives Gesamtergebnis von rund 5,5 Mio. Euro.

Wie konnte es dazu kommen?

Bei meiner letzten Haushaltsrede – auf den Tag genau vor einem Jahr – sah das alles noch ganz anders aus. Damals rechnete ich vor, dass unsere Haushalte seit 2015 zunächst immer schlechter angesetzt wurden und sich das tatsächliche Rechnungsergebnis dann doch immer deutlich besser darstellte. In der Folge wuchs die Liquidität der Stadt bis zum 31.12.2018 auf satte 100 Mio. Euro an. Im neuen Haushalt lesen wir aber nun, dass dieses beruhigende Polster schon bis 2023 komplett aufgebraucht sein soll, ja sogar ein Gang in die Verschuldung unvermeidlich sei! Was für ein Absturz. Ein Verbrauch von mehr als 100 Mio. Euro soll in nur 3 Jahren möglich sein? Mit Verlaub – ich halte das – bei allem was wir in der Vergangenheit erlebt haben - für wenig realistisch. Betrachtet man den tatsächlichen Mittelabfluss bei den Investitionen, stellen wir fest, dass wir in den letzten Jahren stets unter den Ansätzen geblieben sind. Allein im Jahr 2018 wurden von den geplanten 35 Mio. Investitionen nur 19,2 Mio. Euro auch tatsächlich ausgegeben. Diese Differenzen führen immer wieder zu Fragen. Wie seriös ist unser Haushaltsplanentwurf überhaupt? Stimmen die Informationen und Grundlagen? Mal ist von 100 Mio, mal von 90, mal von 85 Mio. Liquidität die Rede. Wir fragen uns, welche Zahlen eigentlich stimmen und wieso innerhalb eines Jahres 15 Mio einfach so verschwinden, ohne dass man dem Haushalt zweifelsfrei entnehmen könnte wofür. Wir wissen natürlich auch, dass unser Wunschzettel weit mehr als 200 Mio. Euro an Investitionskosten verursachen und das vorhandene Geld dafür nicht reichen wird. Aber wie viel momentan tatsächlich da ist, das interessiert uns dann schon.

Aber nun der Reihe nach. Im Jahre 2015 wurde zunächst von einem negativen Ergebnis von 3,4 Mio. Euro Defizit ausgegangen. Tatsächlich resultierte ein Plus von 8,7 Mio. Euro. 2016 sah es ähnlich aus: Bei einem Ansatz von Minus 0,9 Mio. Euro lag das spätere tatsächliche Rechnungsergebnis bei plus 12, 5 Mio. Euro. Und auch 2017 wurde der Ansatz von plus 2,97 Mio. nochmals deutlich übertroffen und lag am Ende bei 23,47 Mio. Euro. Auch für 2018 ist dies nochmals so: der Ansatz lag bei plus 5 Mio. und das

Ergebnis bei 22 Mio. In diesem Jahr wuchs die Liquidität der Stadt sogar um 13,2 Mio. Euro, statt einem erwarteten Liquiditätsabfluss von 16,7 Mio. Euro. Der Planansatz für 2019 von plus 2,45 Mio. kann wahrscheinlich noch erreicht werden, der Kämmerer spricht in seiner Haushaltsrede von einer „schwarzen Null“.

Direkt korrelierend mit den sehr guten Ergebnissen der vergangenen 5 Jahre, ich will nicht von neun sprechen, denn die Krisenjahre 2009 bis 2011 bewerte ich nicht so positiv wie die Stadtverwaltung, sind die Gewerbesteuererinnahmen. – der Hauptposten auf der Ertragsseite. Diese betragen in 2015: 37,3 Mio., in 2016: 45,6 Mio., in 2017: rekordverdächtige 58,4 Mio. und in 2018: 58,2 Mio.

Und in 2019 zeigt sich nun leider eine Trendwende: statt erwarteter 48 Mio. Euro werden wohl nur noch 44 Mio. erreicht. Deshalb wird vorsorglich der Ansatz für 2020 auf 43 Mio. heruntergefahren. Tendenz weiter sinkend. Bis 2023 werden wir nach derzeitigem Erkenntnisstand wohl mit den Gewerbesteuererinnahmen das Niveau von 2015 erreicht haben und somit wieder bei runden 38 Mio. Euro angekommen sein. Gleichzeitig erwirtschaften wir nur noch defizitäre Ergebnishaushalte: 2021: -6,2, 2022: -7,9 und 2023: -8,3 Mio Euro.

Meine Damen und Herren: die Stadtverwaltung beklagt diese Entwicklung, sie erhebt den Zeigefinger, sie mahnt zur Vorsicht, sie fordert auf, der Entwicklung entgegen zu wirken, sie will kommunale Standards hinterfragen und alle Aufgaben mit steter Kritik überprüfen, damit sie nicht Getriebener von finanziellen Zwängen wird. Dies tut sie, obwohl sie weiß und dies auch öffentlich immer wieder erklärt, dass über zwei Drittel aller Ausgaben sowieso Fixposten sind, die nicht beeinflussbar wären. Da fragen wir uns natürlich schon, wie man dann verhindern will, nicht Getriebener von finanziellen Zwängen sein zu wollen.

Meine Damen und Herren, um es vorweg klar zu sagen: ein Gang in die Verschuldung wird von der Fraktion der Freien Wähler / FDP nicht mitgetragen, er ist mit uns nicht zu machen. Haushalte wie der vorliegende und auch die kommenden – sollten sie tatsächlich so defizitär wie veranschlagt ausfallen – werden von uns abgelehnt. Wir werden, solange nicht massive Nachbesserungen und Einsparungen erkennbar werden, dem Haushalt 2020 und folgende Jahre unsere Zustimmung verweigern. Es ist eine einfache Rechnung. Jeder Kaufmann, jeder Privathaushalt kennt sie, warum sollte dann für eine Stadt, für einen kommunalen Haushalt, nicht genau diese Rechnung auch gelten: Einnahmen gleich Ausgaben ! Wir können nicht so wirtschaften, dass wir mehr ausgeben, als wir einnehmen. Das NKHR macht dies – zum Glück – rechtzeitig deutlich. Wir können noch gegensteuern bevor es zum Defizit kommt! Aber dann müssen wir dies auch tun. Es ist Handeln angesagt.

Investitionen, meine Damen und Herren, dienen im privaten wie im gewerblichen Bereich dazu, einen nachhaltigen Nutzen zu erbringen. Dies erhofft man sich zumindest. Ein Kaufmann oder Unternehmer investiert dann, wenn er sich dadurch einen Nutzen oder eine Sicherung für den späteren Ertrag erhofft. Häufig sind für Investitionen Verschuldungen nötig, deren Deckung über Kredite erfolgt. Banken gewähren Unternehmen Kredite, wenn ein schlüssiges Konzept vorgelegt wird, wie sich die Investition auszahlen wird. Ein solches Konzept muss von unserer Stadt erarbeitet werden. Welche Investitionen bringen wem welchen Nutzen ? Wie können wir auf Dauer die Ertragslage verbessern, durch welche gezielten Infrastrukturmaßnahmen? Diese Fragen müssen wir uns beantworten. Ein Haushalt aber, der wie dieser grundsätzliche, strukturelle Probleme aufweist, der nicht einmal in der Lage ist, die eigenen Aufwendungen selbst zu erwirtschaften, muss korrigiert werden. Auch der Kämmerer spricht davon, dass es notwendig ist, den laufenden Betrieb der Stadt so zu gestalten,

dass der Ergebnishaushalt nachhaltig ins Gleichgewicht gebracht werden kann. Sinkende, aber im Durchschnitt immer noch hohe Steuereinnahmen – wir reden ja von einem Gewerbesteueraufkommen von immerhin noch weit über 30 Mio. Euro jährlich, verschlechtern die Ausgangslage und verdeutlichen einmal mehr, wie stark unser Haushalt von der konjunkturellen Entwicklung abhängig ist.

Umso mehr ist es richtig und wichtig auf die Wirtschaft zu setzen. In diesem Punkt stimmt die Fraktion der Freien Wähler / FDP mit Ihnen, Herr Oberbürgermeister, überein.

Dabei darf es aber nicht nur um die Neuansiedlung von Unternehmen gehen. Wir müssen sehen, dass wir auch bestehenden Unternehmen optimale Rahmenbedingungen liefern. Dazu gehören z.B. der Ausbau bestimmter Verkehrswege und die Verbesserung der Mobilität und Netzinfrastruktur insgesamt.

Die Osttangente mit Verlängerung der Nord-Süd-Straße ist ein Beispiel hierfür. Diese Investition bringt deutliche Standortvorteile und verbessert die Anbindung der Unternehmen insgesamt. Nebenbei wird dadurch auch die Weiterführung der U5 bis Echterdingen überhaupt erst ermöglicht. Diese Maßnahme kann also für Unternehmen und Einwohner massive Verbesserungen bringen, darin sind wir uns, glaube ich, einig. Allerdings wird es Zeit brauchen. Zeit, die wir eigentlich nicht mehr haben. 30 Jahre liegen die Planungen für die Nord-Süd-Str. in den Schubladen. Passiert ist wenig. Erst jetzt, wo mit der Aufsiedlung der Schelmenäcker, ein Neubaugebiet entstehen wird, erkennt man die Notwendigkeit, weil dort Menschen leben werden, die irgendwie da auch hin kommen müssen. Die Straße sollte unserer Meinung nach aber möglichst schnell geplant werden. Denn wir alle wissen wie lange ein Planfeststellungsverfahren dauert, das von uns nicht mehr beschleunigt werden kann. Mit der vorgestellten Zeitstruktur für die Osttangente können wir gar nicht leben. Allein 3 Jahre für Grunderwerb erscheinen uns viel zu lange. Deshalb beantragen wir, die Planungen zügiger voranzutreiben und bis Ende 2020 fertigzustellen.

Investitionen, die noch im letzten Haushalt intensiv diskutiert wurden, sind bereits dem Rotstift zum Opfer gefallen. Die komplette Finanzierung des Neubaus des Hallenbad Leinfeldens wurde dabei im Gegensatz zur Vorjahresplanung auf den Zeitraum außerhalb der Finanzplanung verschoben. Das bedeutet im Klartext: Vor 2024 gibt es kein neues Hallenbad. Was passieren wird, wenn das Hallenbad aber vorher auseinander fällt, wurde uns in einer VKS Sitzung von Dr. Kalbfell bereits erläutert. Ein Notfallplan mit Ausweichen in umliegende Kommunen ist bereits erarbeitet. Wir wollen hoffen, dass das Bad so lange wie irgendwie möglich noch durchhält. Aber hoffen wir dies nicht bei unseren Schulen und vielen Straßen auch schon? Wann hören wir auf, die Dinge immer wieder vor uns her zu schieben?

Wir fragen uns, warum es uns trotz der Rekordeinnahmen der vergangenen Jahre nicht gelingt, das Notwendigste zu tun und die Dinge tatsächlich anzupacken. Und weil wir so lange brauchen werden wir dann auch noch oft von steigenden Kosten überrascht. Bei wie vielen Projekten konnte der vorgegebene Kostenrahmen in den letzten Jahren nicht eingehalten werden? Es ließen sich eine ganze Reihe an Beispielen anführen: Turn- und Festhalle Musberg, Filderhalle, Zeppelinerschule, Stern-Kinderhaus.

Und immer wieder stellt sich uns die Frage: wäre Neubau nicht billiger gewesen? Die vielen unvorhersehbaren Dinge bei Umbauten und Sanierungen, die unliebsamen Überraschungen und „bitteren Pillen“ haben uns schon häufiger großes Kopfzerbrechen bereitet. Trotz großem Unwohlsein haben auch wir schon häufig Kostensteigerungen mitgetragen, weil es keinen anderen Ausweg gibt. Auch beim jüngsten Beispiel, der Sanierung der Schönbuchschule, ist dies so. Obwohl es schwer fiel, zu glauben, dass der gesetzte Kostenrahmen von 4,6 Mio. Euro für die Sanierung einzuhalten ist, haben auch

wir zugestimmt, weil Zuschüsse nur bei Sanierung und nicht bei Neubau geflossen wären. Aber die Gegenrechnung, was ein Neubau kosten würde, haben wir erst nach massivem Intervenieren in der entscheidenden Gemeinderatssitzung erhalten, ohne sie vorher in der Fraktion ausreichend erörtern zu können, weil sie nicht Gegenstand der Ausschusssitzung war. So finden wir, ist eine seriöse Entscheidung für uns als ehrenamtliche Gemeinderäte nicht möglich. Wir brauchen Alternativen über die wir abstimmen können und nicht eine von der Verwaltung als alternativlos dargestellte Vorlage, der wir dann zustimmen sollen, können, müssen.

Deshalb stellen wir den Antrag, grundsätzlich ab sofort immer bei allen Sanierungsprojekten die Kosten von Neubau und Sanierung in der Vorlage einander gegenüber zu stellen. Nur so können wir es vermeiden, dass uns die Kosten aus dem Ruder laufen. Außerdem beantragen wir, den Neubau – ich betone Neubau, nicht Sanierung, eines Hallenbades für die Stadt wieder auf die Investitionsliste zu setzen und die Priorität dieser Baumaßnahme an vorderste Stelle zu setzen. Prioritäten sollten übrigens angesichts der Haushaltslage – ebenfalls wieder gesetzt werden. Wir hoffen, dass eine entsprechende Liste Gegenstand der Beratungen wird und beantragen diese – auch vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Klausurtagung – in den laufenden Haushalt mit aufzunehmen.

Apropos Kosten. Ja es stimmt: der Haushalt hat bei sinkenden Erträgen mit steigenden Kosten zu tun. Das ist das Grundproblem unserer Stadt. Begründet wird dies gerne mit steigender Einwohnerzahl und gewachsener Aufgabenfülle. Im Kinderbetreuungsbereich hätte sich vieles getan. Und tatsächlich haben wir gerade hier die größten Ausgabensteigerungen der letzten Jahre zu verzeichnen. Auch was die Folgekosten, sprich Personal, angeht, ist dies so. Unsere Fraktion hat vielen der geplanten Stellenmehrungen – auch in der Kernverwaltung – zugestimmt, weil uns glaubhaft gemacht wurde, dass viele neue Stellen unausweichlich seien und man zur Bewältigung der Aufgaben diese brauche. Eine Beurteilung freilich, ob dies tatsächlich immer so ist, fällt uns als ehrenamtlichen Stadträten ziemlich schwer. Hier müssen und können wir nur glauben, was uns die Stadtverwaltung sagt. Betrachtet man allerdings die nun veranschlagten Personalkosten von 38 Mio. Euro im Haushalt, erreichen wir mit einem Volumen von annähernd 30 % des Ergebnishaushaltes einen noch nicht dagewesenen Spitzenwert. Es fällt uns schwer, vor dem Hintergrund der aus unserer Sicht berechtigten Forderung eines nachhaltigen Wirtschaftens, weiteren Stellenmehrungen zuzustimmen. Allein die Steigerung von Tarifabschlüssen und Lohnerhöhungen, werden ohnehin zu erhöhten Ausgaben beitragen, so dass wir uns weitere neue Stellen nicht so einfach werden leisten können. Die von uns gewünschte und inzwischen auch vorgelegte Liste mit welchen Stellenzuwachsen in 2020 zu rechnen ist sollte um die Kosten ergänzt werden und eine Priorisierung in „unausweichlich“, „notwendig“ und „wünschenswert“ enthalten. Wir beantragen weiterhin, dass die Personalkosten einen Anteil von maximal 30 % des Ergebnishaushaltes nicht mehr übersteigen dürfen, um die Nachhaltigkeit der Haushaltsentwicklung zu sichern. Damit laufen wir nicht Gefahr, uns bald keine neuen Stellen mehr leisten zu können und bleiben dennoch flexibel genug, um bei steigenden Haushaltserträgen und verbesserter Konjunktur, also bei Wachstum, auch wieder mit Schaffung neuer Stellen reagieren zu können.

Betrachten wir noch einmal die Einnahmenseite, so bleiben wir weiterhin aufgefordert auch neue Einnahmequellen zu erschließen. Das muss nicht immer die stark konjunkturabhängige Gewerbesteuer sein. Nach wie vor stellt der Geschäfts-Tourismus in unserer Stadt eine starke, bislang unzureichend ungenutzte Einnahmequelle dar. Demgegenüber verursacht er in der Folge teure Investitionsmaßnahmen, die wir aus

dem laufenden Haushalt selbst finanzieren müssen. Der Umbau der Ortseinfahrt Echterdingen Nord oder die Schaffung neuer Bushaltestellen und Buslinien in unmittelbarer Hotelnähe sind Beispiele dafür. Die Umstrukturierung unserer Stadt von einer mittelständischen Industrie- und Dienstleistungsvorstadt hin zu einer Messe- und Flughafenstadt verursacht enorme Kosten. Die wahren Verursacher – die Gäste und Touristen, lassen wir aber bei dieser Entwicklung, ungeschoren davon kommen. Wir finden, dass es so nun auch nicht geht.

Nachdem wir mit unserer Forderung nach einer Tourismusabgabe nicht ausreichend weiter gekommen sind und diese bis zu einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes auf Eis liegt, beantragen wir weitere Möglichkeiten der Besteuerung von Messebesuchern und auch Flugreisenden zu prüfen. Wir halten aber dennoch auch an der Forderung einer Übernachtungspauschale weiter fest, dies möchte ich ausdrücklich unterstreichen.

Noch ein Wort zur geplanten Investitionsliste: Für den Erwerb von Grundstücken werden im Haushalt 2020 ca. 9 Mio. Euro veranschlagt, bis 2021 sogar fast 30 Mio. Euro. Diese hohe Zahl ist hauptsächlich auf die Einführung des Baulandentwicklungsmodells zurückzuführen. Die Einführung haben wir damals abgelehnt, weil wir nicht daran glaubten, dadurch vergünstigte Grundstückspreise in unserer Kommune zu erreichen. Jahr für Jahr binden wir nun aber an das Baulandentwicklungsmodell erhebliche finanzielle Mittel. Das Geld hierfür muss, wie wir jetzt sehen, in den Haushalt eingestellt werden. Als Zwischenerwerber fungiert die Stadt wie ein Kreditinstitut. Allerdings sind ihre Eigenkapitaldeckung und die Spareinlagen nahezu gleich null. Im Prinzip handelt es sich bei einer Kommune ja schließlich auch nicht um eine Bank oder ein Unternehmen, sondern um eine nicht gewinnorientierte Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Hoffnung, mit Grundstückserlösen Gewinne zu erzielen und günstigeren Wohnraum zu schaffen wird teuer erkauft, indem wir in erhebliche finanzielle Vorleistung treten. Durch die Bindung der Mittel, fehlt uns im Haushalt für viele andere dringende Investitionen wie Schulsanierungen, Straßenbau oder Leitungsnetze das Geld. Die eigentlichen Aufgaben einer Kommune bleiben somit untererfüllt. Die Liste der Mängel und aufgeschobenen Sanierungen wird länger und länger. Wir binden durch das Zwischenerwerbsmodell zu viel Geld über möglicherweise viele Jahre, ohne zunächst einen einzigen Euro Nutzen oder Rückfluss zu sehen. Der Rückfluss der Gelder aus Grundstückserlösen kann vielleicht sogar Jahrzehnte dauern. Das Geld aber fehlt uns jetzt im Haushalt und eine Investition in den Erhalt und Ausbau von Infrastruktur kann nicht jahrelang in die Zukunft verschoben werden – wie vorhin beim Hallenbad erwähnt. Nebenbei bemerkt, weicht die Stadt sogar von ihrem eigenen Baulandentwicklungsmodell bereits ab, bevor überhaupt das erste Baugebiet nach dem Zwischenerwerbsmodell auf den Weg gebracht wurde, wie man am Beispiel des Gebietes zwischen Grünem Weg und Fürschelweg in Musberg sehen kann. Damit gefährdet sie sogar zusätzlich den unbedingt erforderlichen Erfolg des Grundstückszwischenerwerbs, weil andere Grundstücksbesitzer möglicherweise dem Ausnahmebeispiel folgen könnten und ihre Grundstücke nicht an die Stadt veräußern wollen. Wir befürchten ein Scheitern des Baulandentwicklungsmodells. Zum Ausgleich der kommenden defizitären Haushalte ab 2020 beantragen wir deshalb, ein Aussetzen oder Ende des Zwischenerwerbmodells für Bauland und nur noch soviel Grundstücke zu erwerben, wie es die Haushaltslage erlaubt und das veranschlagte Defizit durch Einschränkung bei den Grundstückskäufen so zu mindern, dass der Haushalt ausgeglichen ist. Es sollte immer im Einzelfall geprüft werden, welche Grundstücke die Stadt erwerben kann, um einen ausreichenden Anteil an Sozial- und vergünstigtem

Wohnraum schaffen zu können, statt generell auf den Zwischenerwerb bei der Baulandentwicklung zu setzen.

Auch von der Sanierung der Rathäuser, die noch vor einem Jahr als absolut notwendig vorgestellt wurde, lesen wir auf der neuen Investitionsliste nichts mehr. Angesichts sinkender Steuereinnahmen kann man hier wohl nur noch von einer Sanierung „light“ ausgehen. Wir beantragen deshalb, eine erneute Überprüfung und Kostenaufstellung tatsächlich erforderlicher Maßnahmen bei der Sanierung der Verwaltungsstrukturen. Die Einführung einer Kostenobergrenze halten wir für unerlässlich und beantragen deshalb einen solchen Rahmen auf maximal 15 Mio. Euro festzusetzen bis zum Jahr 2024. Zu den Verwaltungsstandorten hatten wir ja bereits in früherer Zeit intensive Diskussionen. Unsere grundsätzliche Überzeugung, dass ein neu gebautes Verwaltungsgebäude günstiger wäre, sinnvolle Synergieeffekte ermöglichen und mit einer zentralen Verwaltung zeitraubende und klimaschädliche Fahrwege vermieden würden, ist hinlänglich bekannt.

In der Klausurtagung wurden aus dem integrierten Leitbild Ziele abgeleitet. Ein Stichwort ist die historisch gewachsene Polyzentralität der Stadt Leinfelden-Echterdingen, an der nach allen Modellen festgehalten werden soll. Wie es dann allerdings eine Übereinstimmung mit der Filderstudie geben soll, in der von einer neuen Mitte zwischen Leinfelden und Echterdingen gesprochen wird, erschließt sich uns nicht. Die Verwaltung spricht von mehreren Verwaltungsstandorten – bekanntlich wurden wir in der Abstimmung hierzu überstimmt – und will dann eine neue Mitte auf der grünen Wiese erschaffen – das wirft Fragen auf. Wir sollten unserer Meinung nach diese Debatte schnellstmöglich beenden. Wir kennen weder in der Bürgerschaft noch in der Wirtschaft und schon gar nicht aus der Landwirtschaft Stimmen, die dies befürworten oder präferieren. Deshalb beantragen wir, die Festschreibung der Polyzentralität im Leitbild, eine klare Absage an die neue, sogenannte grüne Mitte und die Schaffung einer grünen Zone mit Bauverbot für die nächsten 30 Jahre im Bereich zwischen Echterdingen und Leinfelden. Die Stärkung der Ortskerne muss weiter vorangetrieben werden, hierzu gehören der Bau von Quartiersgaragen, um den Parkdruck zu senken. Für dieses Vorhaben beantragen wir eine Standortuntersuchung.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zum Ende noch eine Betrachtung eines Teilaspektes unseres Teilhaushaltes für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Diese war in den vergangenen Jahren immer wieder Gegenstand intensiver Beratungen. Sie erinnern sich, dass wir vor einem Jahr einen Sperrvermerk für Haushaltsmittel für zusätzliches Personal beim Stadtmarketing in Höhe von 80.000 Euro beantragt hatten. Es ging uns damals darum, diesen Antrag für die zusätzlichen Personalmittel, den die CDU-Fraktion in den laufenden Haushalt eingebracht hatte, der also nicht von der Verwaltung direkt kam, kritisch zu hinterfragen und an die Erstellung eines Konzeptes zu knüpfen. Ob die jüngst in der AG Öffentlichkeit vorgestellten Aufgaben und Projekte, dieses Konzept darstellen, das die Freigabe der Personalmittel rechtfertigen soll, zweifeln wir an. Die Personalaufwendungen in diesem Bereich lagen 2018 bei 237.000 Euro und sollen im Jahr 2020 bei 280.000 Euro liegen und 2023 bereits an der 300.000 Euro Grenze kratzen. Auch die Mittel für Sach- und Dienstleistungen steigen von 154.000 auf 175.000 Euro. Den freiwerdenden Mitteln für den nicht mehr stattfindenden Messeauftritt von 190.000 Euro, stehen nun Neuausgaben von 234.000 Euro gegenüber. Teilweise übertrieben viele Flyer und Broschüren sind aus unserer Sicht doch ein wenig zu viel und sollten im Zeichen von Internet und Klima- und Umweltschutz konsequent reduziert werden. Nur ein paar Beispiele noch für Printerzeugnisse: „viaLE, weihnachten überall, guest guide Siebenmühlental, erfrischende Spaziergänge, barrierefreie Rundwege, kindgerechte Rundwege, Radfahren und Wandern in LE, historischer

Rundgang Echterdingen, Hotels und Gaststätten, Shopping Guide, Straßenkunst in LE, Wellnessführer LE. Die Liste ließe sich wahrscheinlich endlos fortsetzen, wenn wir dem Amt für Öffentlichkeitsarbeit nicht ab und zu Einhalt gebieten würden. Auch erinnert sie uns wirklich eher an eine Touristen-Stadt wie im Schwarzwald oder auf der Alb anstatt an LE. Gegenfinanzierung aber durch eine Tourismusabgabe wie vorhin gehört – Fehlanzeige! Wir meinen aber: weniger könnte mehr sein!

Wir beantragen deshalb, die Zahl der Printerzeugnisse auf maximal 10 Broschüren zu reduzieren und stattdessen das online-Angebot verstärkt auszubauen. Wir beantragen das Budget für Sach- und Dienstleistungen auf 150.000 Euro jährlich zu deckeln.

Im Bereich der Bildung sollten wir uns dringend überlegen, wie die äußerst positive Entwicklung der Volkshochschule zukünftig gesichert werden kann. Allem voran sollte die Raumsituation unsere Hauptaufmerksamkeit auf sich ziehen. Wir beantragen deshalb die Prüfung einer Schaffung eines eigenen Volkshochschulgebäudes um der bereits jetzt zu verzeichnenden Raumnot zu begegnen.

Abschließend ein Wort noch zu den Stadtwerken. Hier bereitet die Sanierung des P+R Hauses an der Echterdinger S-Bahn Station nach wie vor am meisten Sorgen. Mit 340.000 Euro schlägt nun die Sanierung der Einfahrt zu Buche. Auch hier sehen wir die gleiche Problematik wie bei allen auf die lange Bank geschobenen Sanierungsfällen in der Stadt: es wird nichts besser durch Verschieben. Im Gegenteil – es droht mit einer möglichen Schließung oder dem Abriss gar der Super Gau !

Deshalb beantragen wir, alle Möglichkeiten eines Neubaus zu prüfen – auch mit Hilfe externer Investoren. Dabei sollte auch ein Verkauf des P+R-Hauses an einen Investor mit betrachtet werden.

Für die aktuelle Sanierung der Einfahrt, beantragen wir den Rückbau der Mittelinsel, um auch heute üblicheren, größeren Fahrzeugen ein problemloseres Ein- und Ausfahren zu ermöglichen und dadurch die Attraktivität und die Auslastung des Parkhauses zu verbessern. Ebenfalls beantragen wir die Überprüfung der Gebührenstruktur für das Parkhaus.

Meine sehr verehrten Damen- und Herren, wir haben heute gesehen, dass unser Haushalt durch starke konjunkturelle Einflüsse ins Wanken geraten kann. Dies ist bekanntermaßen nichts Neues. In 2003 und 2009 haben wir bereits heftige Finanzkrisen überstehen müssen und sind durch entsprechendes, vorsichtiges aber nicht zaghaftes Handeln vor größeren Defiziten bewahrt worden. Ich vertraue auch diesmal auf unsere Kraft, auf unsere Handlungsstärke, unsere Kreativität und Phantasie, die Dinge positiv zu entwickeln.

Denn, wie der Schriftsteller Thomas Mann in seiner berühmten Rede über den Zustand Deutschlands im Jahr 1945 sagte – ich zitiere, „Phantasie haben, heißt nicht, sich etwas auszudenken, es heißt sich aus den Dingen etwas zu machen.“ Zitat Ende. In diesem Sinne hoffen wir auf eine positive Entwicklung für unsere Stadt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

## Anträge der Freien Wähler / FDP:

- 1.) Vorlage ausgeglichener Haushalte ab 2020. Ausgaben dürfen Einnahmen nicht übersteigen.
- 2.) Erarbeitung eines Konzeptes welche Investitionen, welchen Ertragsnutzen für den Haushalt bringen.
- 3.) Darstellung der genauen Liquidität der Stadt mit Mittelab- und Zuflüssen und Vorstellung im VKS
- 4.) Erstellung der Planung der Osttangente und Einreichung der Planfeststellung bis Ende 2020.
- 5.) Bei Sanierungsprojekten muss ab sofort in jeder Vorlage eine Kostengegenüberstellung zwischen Sanierung und Neubau erfolgen, die es dem Gemeinderat ermöglicht, eine freie Entscheidung zu treffen.
- 6.) Neubau des Hallenbades muss an vorderste Priorität rücken und im Finanzplanungszeitraum bis 2023 umgesetzt werden.
- 7.) Aufnahme einer Prioritätenliste mit Fertigstellungsterminen und Kosten für dringende Sanierungsprojekte in den laufenden Haushalt.
- 8.) Ergänzung der Liste mit Stellenzuwächsen für 2020 um Kosten und Priorisierung der Stellen in „unausweichlich“, „notwendig“, „wünschenswert“.
- 9.) Personalkosten dürfen ab 2020 einen maximalen prozentualen Anteil von 30 % des Ergebnishaushaltes nicht mehr übersteigen.
- 10.) Prüfung der Besteuerungsmöglichkeiten von Messebesuchern und Fluggästen. Festhalten an der Einführung einer Tourismusabgabe und umgehende Einführung dieser bei positivem Urteil des Bundesverfassungsgerichts.
- 11.) Beendigung bzw. Aussetzen des Zwischenerwerbsmodells für Bauland. Herunterfahren der Investitionssumme für Grundstückserwerb bis max. Haushalt ausgeglichen ist. Die Summe darf nicht so hoch sein, dass sie den Haushalt ins Defizit führt.
- 12.) Einzelfallprüfung des Grundstückserwerbs für vergünstigten Wohnraum.
- 13.) Festschreibung einer absoluten Kostenobergrenze für die Rathaussanierungen auf maximal 15 Mio. Euro bis 2024.
- 14.) Festschreibung eines Bauverbotes zwischen Leinfeldern und Echterdingen für die nächsten 30 Jahre und klare Ablehnung einer neuen Mitte wie in der Filderstudie gefordert. Stattdessen Stärkung der vorhandenen Ortskerne und Erhalt der polyzentrischen Stadtstruktur und Festschreibung im integrierten Leitbild.
- 15.) Standortuntersuchung für die Schaffung von Quartiersgaragen in den vom hohen Parkdruck besonders belasteten Ortskernen.
- 16.) Reduktion der Printerzeugnisse auf maximal 10 Broschüren. Stattdessen Ausbau des Online-Informationsangebotes der Stadt. Auswahl der Print- und Online-Erzeugnisse soll in der AG Öffentlichkeit erarbeitet und im VKS beschlossen werden.
- 17.) Untersuchung der Schaffung eines zentralen Volkshochschulgebäudes.
- 18.) Prüfung des Neubaus des P+R-Hauses S-Bahn Echterdingen mit Hilfe von Investoren. Untersuchung der Veräußerung des Parkhauses an Investor.
- 19.) Bei aktueller Sanierung soll in der Einfahrt des P+R-Hauses Echterdingen die Mittelinsel entfernt werden, damit Einfahrt auch für größere Fahrzeuge ermöglicht wird.
- 20.) Überprüfung der Gebührenstruktur des Parkhauses Echterdingen S-Bahn.